



Gemeinde Pfinztal

Niederschrift zur öffentlichen Sitzung des Gemeinderates am 26.04.2022

Ort:	Hagwaldhalle, Industriestraße 2 c, 76327 Pfinztal (Kleinsteinbach)
Sitzungsbeginn:	18:00 Uhr
Sitzungsende:	21:15 Uhr

Anwesende Personen

Vorsitzende:

Bodner, Nicola

Ordentliche Mitglieder:

Eisenbusch-Costerousse, Dagmar
Gegenheimer, Thomas
Gutgesell, Andreas
Herb, Artur
Hörter, Frank
Hruschka, Andreas
Konstandin, Angelika
Lüthje-Lenhardt, Monika
Möller, Eva
Nickles, Helmut
Rahn, Klaus-Helimar, Dr.
Reeb, Tilo
Rendes, Markus
Ringwald, Markus
Rothweiler, Edelbert
Rothweiler, Sonja
Schwarz, Simon
Vogel, Roland, Dr.
Vortisch, Volker Hans

Schriftführerin:

Riegel, Sarah

Verwaltung:

Bauer, Christian
Härer, Roland
Kröner, Wolfgang
Münch, Jens
Sturm, Thomas

Ortschaftsrat:

Bampi, Diana - zu TOP 5 ö (Änderung Hauptsatzung -
Grundsatzbeschluss Abschaffung Ortschaftsverfassung)
Lipp, Gunther - zu TOP 5 ö (Änderung Hauptsatzung -
Grundsatzbeschluss Abschaffung Ortschaftsverfassung)
Roßwag, Christian - zu TOP 5 ö (Änderung Hauptsatzung
- Grundsatzbeschluss Abschaffung Ortschaftsverfassung)



Mitwirkende/ext. Org.:

Bischoff, Ralf - zu TOP 2 ö (Eigenkontrollverordnung (EKVO))

Fischer-Antze, Tim, Dr. - zu TOP 4 ö (Hochwasserereignisse 2021, OT Kleinsteinbach)

Freidel, Stefan - zu TOP 3 ö (Kommunales Starkregenrisikomanagement)

Fritz, Markus - zu TOP 4 ö (Hochwasserereignisse 2021, OT Kleinsteinbach)

Ortsvorsteher:

Oberle, Gebhard

Nichtanwesende Personen

Ordentliche Mitglieder:

Frensch, Kristin - entschuldigt

Mohamed Fahir, Aisha - entschuldigt

Schaier, Barbara - entschuldigt

1. Ordnungsgemäße **Einladung** erfolgte am 14.04.2022.
2. Ortsübliche **Bekanntgabe** im öffentlichen Teil im Mitteilungsblatt der Gemeinde erfolgte am 21.04.2022.
3. **Beschlussfähigkeit** war gegeben, da mindestens 12 von 23 Mitglieder anwesend waren.
4. Als **Urkundspersonen** wurden bestimmt:
Gemeinderätin Konstandin
Gemeinderat Ringwald



T A G E S O R D N U N G

- . Einleitung
1. Fragen, Anregungen und Vorschläge der Einwohnerinnen und Einwohner
2. Eigenkontrollverordnung (EKVO) **BV/969/2022**
- Vorstellung der Untersuchungsergebnisse durch das beauftragte Fachbüro
3. Kommunales Starkregenrisikomanagement **BV/981/2022**
- Erstellung von Starkregengefahrenkarten
- Information
4. Hochwasserereignisse 2021, OT Kleinsteinbach **BV/983/2022**
- Flussgebietsuntersuchung für den Bocksbach
5. Änderung der Hauptsatzung - Grundsatzbeschluss zur Abschaffung der Ortschaftsverfassung **BV/989/2022**
- Beratung und Beschlussfassung
6. Mitteilungen der Bürgermeisterin
7. Mitteilungen und Anfragen aus dem Gremium
8. Fragen, Anregungen und Vorschläge der Einwohnerinnen und Einwohner



Einleitung

Bürgermeisterin Bodner begrüßt die Mitglieder des Gremiums, die Ortsvorsteher, die Vertreter der Presse und die Zuhörer.

Gemeinderat Gutgesell beantragt, TOP 5 von der heutigen Tagesordnung abzusetzen, da laut aktuellem Meinungsbild, welches sich die CDU eingeholt hätte, derzeit nicht zu erwarten sei, dass sich der Ortschaftsrat auflösen wolle. Sie seien der Meinung, dass der Gemeinderat nicht den zweiten Schritt vor dem Ersten machen solle.

Bürgermeisterin Bodner übergibt das Wort an Herrn Kröner.

Herr Kröner erklärt das Prozedere, wie bei solch einem Antrag verfahren wird. Der Gemeinderat habe durch Abstimmung darüber zu entscheiden, ob dem Antrag entsprochen oder ob dieser abgelehnt wird. Wird diesem entsprochen, wird der Punkt auf eine spätere Sitzung vertagt.

Gemeinderätin Eisenbusch teilt mit, dass die SPD den Antrag ablehnen werde. Über die Auflösung der Ortschaftsräte sei noch nie im Gemeinderat diskutiert worden, dies halte sie jedoch für notwendig. Auch die SPD hätte Probleme mit der Vorlage und stelle sich vieles anders vor. Wenn jedoch nicht darüber gesprochen werde, wie man sich den Übergang vorstelle und welche Ersatzmaßnahmen es geben könne, werde die Verwaltung nie wissen, was für eine Vorlage sie dem Gemeinderat schreiben solle. Eine Diskussion, wie so ein Verfahren aussehen könnte, erachte sie für sinnvoll.

Gemeinderat Rahn erklärt, dass die ULiP den Antrag ebenfalls ablehnen werde. Es sei höchste Zeit, dass dieses Thema auf die Tagesordnung komme. Die Ortschaftsräte entscheiden zwar letztendlich selbst, ob sie sich auflösen, der Gemeinderat solle jedoch zumindest darüber diskutieren, ob die derzeitigen Ortschaftsstrukturen weiter beibehalten werden sollen und eine Empfehlung hierzu abgeben.

Gemeinderätin Lüthje-Lenhardt schließt sich ihren Vorrednern an, der Antrag werde abgelehnt.

Bürgermeisterin Bodner stellt dem Gremium folgende Abstimmungsfrage:

Wer stimmt dem Antrag der CDU zu, den Tagesordnungspunkt 5 heute komplett von der Tagesordnung zu nehmen?

Abstimmung: **7 Ja-Stimmen, 12 Nein-Stimmen, 1 Enthaltung**

1. Fragen, Anregungen und Vorschläge der Einwohnerinnen und Einwohner

Bürgermeisterin Bodner erläutert das Prozedere und möchte wissen, ob Wortmeldungen vorliegen.

Herr Langenbein stellt sich als Bürger des Ortsteils Söllingen vor. Er sei Anwohner der Straße Am Steinweg und äußert sich zur aktuellen Parksituation. Häufig sollen Wohnmobile oder Wohnwägen dort abgestellt werden, was er auch anhand von Bildern nachweisen kön-



ne. Die Parksituation sei dadurch unerträglich. Er habe bereits mehrfach mit den Ordnungshütern gesprochen. Diese schreiben die jeweiligen Fahrzeuge zwar auf, es bringe aber nichts. Er äußert das Anliegen, dass die Vollzugsbeamten doch auch mal abends gegen 18.00 oder 19.00 Uhr nach Ordnung schauen sollen, wenn die Leute auch zu Hause seien. Es werden für Kleinigkeiten Strafzettel verteilt, aber auf mögliche Behinderungen der Feuerwehrzufahren durch zum Beispiel parkende Autos werde nicht geachtet. Hier solle sich etwas tun, da sonst die Parksituation schlecht bleibe.

Bürgermeisterin Bodner bietet ein persönliches Gespräch an.

2. Eigenkontrollverordnung (EKVO) - Vorstellung der Untersuchungsergebnisse durch das beauftragte Fachbüro

Bürgermeisterin Bodner verweist auf folgenden Sachverhalt aus der Sitzungsvorlage:

Die Eigenkontrollverordnung (EKVO) des Landes Baden-Württemberg trat erstmalig 1989 in Kraft. Die neue Eigenkontrollverordnung, in Kraft getreten am 31.03.2001, gilt für alle öffentlichen Kanäle und ist rechtsverbindlich. Die Gemeinde Pfinztal hat in den Jahren 1994/95 alle öffentlichen Kanäle einer Kamerabefahrung unterzogen und die so visuell erhobenen Schäden schriftlich festgehalten, katalogisiert und einer Priorisierung unterzogen.

Nach der Eigenkontrollverordnung sind Wiederholungsprüfungen des Kanalnetzes vorgeschrieben. Die Intervalle hierzu betragen für die uns hauptsächlich interessierenden Kanäle 10 Jahre (bei Regenwasserkanälen 15 Jahre).

Das Büro Weber-Ingenieure hat für die Gemeinde Pfinztal das gemeindeeigene Flächenkanalnetz in den Jahren 2018 - 2020 durch eine Kanalinspektionsfirma aufnehmen lassen. Die Arbeiten waren zuvor öffentlich ausgeschrieben worden. Weber-Ingenieure hat auf Basis der TV-Untersuchungsergebnisse die ingenieurtechnische Auswertung gemäß der EKVO vorgenommen.

In der GR-Sitzung am 26.04.2022 wird ein Auszug aus den Untersuchungsergebnissen vom Büro Weber-Ingenieure vorgestellt.

Als nächster Schritt müsste nun die hydraulische Überrechnung des Kanalnetzes in Auftrag gegeben werden. Diese soll aus Synergieeffekten ebenfalls vom Büro Weber-Ing. durchgeführt werden. Ein entsprechendes Angebot hierfür liegt noch nicht vor.

Die Überrechnung des Kanalnetzes ist notwendig, um so Schwachstellen in der Leistungsfähigkeit (Abflussvermögen) bei einzelnen Kanalabschnitten zu ermitteln. Damit kann frühzeitig festgelegt werden, ob schadhafte Kanäle nur saniert werden oder diese gleichzeitig noch eine Aufdimensionierung erfahren müssen.

Die Präsentation des Büros Weber-Ingenieure GmbH, vertreten durch Dipl.-Ing. Ralf Bischoff und Stefan Flentje, befindet sich in den Sitzungsunterlagen.

Gemeinderätin Elsenbusch meint, das Ergebnis sei relativ positiv. Sie hätten mit größeren Schäden gerechnet. Es sei einmal festgelegt worden, dass jedes Jahr 1 Mio. € für Sanierungen zur Verfügung gestellt werden. Dies hätte zu diesem positiven Ergebnis geführt, wenn es so ist, dass 18 % bei Z0 nicht schlecht ist. Folgende konkrete Fragen hätte sie noch:



- Sie hätten gerne die Pläne für alle Ortschaften (30 Stück laut Büro Weber-Ingenieure)
- Bei Z0 und Z1 wären Sofortmaßnahmen erforderlich. Derzeit befänden wir uns in einem Doppelhaushalt. Sei im jetzigen Haushalt hiervon schon etwas erfasst? Oder müsse Ende 2023 erst für 2024 geplant werden? Dann wären Maßnahmen erst ca. 2025 und nicht mehr sofort möglich, da erst ausgeschrieben werden müsse. Dies empfinde sie nicht mehr als sofort.
- Zu den Schadenfotos äußert sie, dass Haltungen teilweise beschädigt seien. Sie gehe davon aus, dass Abwasser versickert und fragt, ob dies dann ins Grundwasser gelangt?

Der Vertreter des Ingenieurbüros antwortet auf die letzte Frage von Gemeinderätin Eisenbusch, dass das Schmutzwasser im nahen Umkreis der Schadstelle bleibe und normalerweise nicht weit weg gehe. Nur wenig Schmutzwasser würde versickern.

Herr Münch erläutert, dass Kanäle nicht ausgetauscht werden könnten, wenn man nicht wisse, wie die Hydraulik aussieht. Die Bemessung dauere ca. 2 Jahre. Die Mittel hierzu werden erst im nächsten Doppelhaushalt zur Verfügung gestellt. Reparaturen könnten schon früher durchgeführt werden.

Gemeinderat Ringwald erklärt, dass seine meisten Fragen bereits in der Präsentation beantwortet worden seien, hauptsächlich hätte es sich um Fragen zum Finanzkonzept gehandelt. Sie seien zunächst über den Betrag von 4,6 Mio. € geschockt gewesen, dies würde den aktuellen Doppelhaushalt sprengen. Wenn der Betrag jedoch auf mehrere Jahre gesplittet werden solle, könne das gut gestemmt werden. Man dürfe sich jetzt nicht zurücklehnen, sondern müsse Investitionen tätigen um weiterhin gut dazustehen.

Gemeinderat Rotweiler meint, dass Eigenkontrolle das Ziel hätte, die Gewässer sauber zu halten. Laut seinen Beobachtungen seien die Kanäle zwar in Ordnung, die Einläufe zur Pfinz jedoch mit Toilettenpapier, Fäkalien und Dreck verunreinigt. Die Eigenkontrolle müsse auch umgesetzt und die Prioritäten im zukünftigen Haushalt neu gesetzt werden. 6 Mio. € seien kein Pappenstiel, das Klärwerk sei mit mehreren Millionen € noch gar nicht aufgeführt.

Gemeinderätin Möller erklärt, man dürfe sich nicht darauf ausruhen, dass Pfinztal im Vergleich zu anderen Gemeinden gut dastehe. Es gäbe noch einige Schäden mit zumindest kurzfristigem Handlungsbedarf. Es sollten regelmäßig mindestens 500.000 € jährlich Mittel im Haushalt für die Sanierungen eingestellt werden. Sie fragt, ob kurzfristig zehn Jahre bedeuten würden.

Der Vertreter des Ingenieurbüros antwortet auf die Frage von Gemeinderätin Möller, dass kurzfristig sieben bis zehn Jahre bedeute. 500.000 € jährlich im Haushalt sei die Obergrenze, 300.000 € wären realistischer.

Gemeinderätin Möller sagt, die 4,7 Mio. € seien nur für ZK0 und ZK1. Es gäbe auch noch andere Fälle die aus eigenem Interesse rechtzeitig saniert werden müssten.

Gemeinderat Hörter meint, die Vorstellung sei ein gutes Zeichen. Vor Jahren seien 35 Mio. € veranschlagt worden. Der aktuelle Stand zeige, es wurde einiges getan, was sich nun positiv zeige. Es hätte einmal die Diskussion gegeben, dass man die Kontrolle der Privathaushalte in der Eigenkontrollverordnung verpflichtend vorschreibe. Er fragt, ob dies weiterhin vorgehen oder die Selbstverantwortung der Haushalte sei.



Der Vertreter des Ingenieurbüros antwortet auf die Frage von Gemeinderat Hörter, dass sie die Kanäle mit den Kameras nur bis zur Grenze zum Privathaushalt befahren werden können. Es gäbe keine Verpflichtung zur Kontrolle für private Haushalte.

Herr Münch erklärt, dass gemeinsam mit der Firma Weber-Ingenieure ein Sanierungsplan erstellt werde, in dem alle Leitungen berücksichtigt werden. Dies bedeute, es wird die Hydraulik erstellt, Straßen werden abgefahren und größere Schäden auch sofort repariert. Um das Programm erstellen zu können, werden ca. 2 Jahre benötigt.

Der Gemeinderat nahm die Informationen zur Kenntnis.

3. Kommunales Starkregenrisikomanagement - Erstellung von Starkregengefahrenkarten - Information

Bürgermeisterin Bodner verweist auf folgenden Sachverhalt aus der Sitzungsvorlage:

Aufgrund der seit Jahren häufiger auftretenden Starkregenproblematik hat die Gemeinde Pfinztal im Jahr 2019 die Erstellung von Starkregengefahrenkarten gemäß dem Leitfaden „Kommunales Starkregenrisikomanagement in Baden-Württemberg“ beauftragt. Die Maßnahme wird vom Land Baden-Württemberg mit 70 % gefördert.

Aufgrund seiner Qualifikation im Bereich „Starkregenrisikomanagement“ wurde der Auftrag zur Erstellung der Gefahrenkarten an das Büro Weber Ingenieure aus Pforzheim vergeben. Das Büro hat auf Grundlage der Daten von der Landesanstalt für Umwelt Baden-Württemberg (LUBW) und Begehungen der Örtlichkeiten in allen 4 Ortsteilen, das Gesamtpaket erarbeitet und steht nun kurz vor dem Abschluss.

In der GR-Sitzung am 26.04.2022 wird das Büro Weber Ingenieure dem Gremium einen Auszug der bisherigen Ergebnisse vorstellen.

Die Präsentation des Büros Weber-Ingenieure GmbH, vertreten durch Dipl.-Ing. Ralf Bischoff und Stefan Flentje, befindet sich in den Sitzungsunterlagen.

Gemeinderätin Eisenbusch erklärt, dass man sich in Zukunft bedingt durch den Klimawandel auf mehr überflutete Straße und vollgelaufene Keller einstellen müsse. Sie hätte drei Fragen zum Thema Starkregenrisikomanagement.

Frage 1: Was könne der Bürger dagegen machen und welche Maßnahmen seien möglich?

Frage 2: Wie sehe der Zeitplan aus, bis wann man mit konkreten Maßnahmen rechnen könne? Sei dies alles schon im Auftrag des Büros Weber-Ingenieure enthalten oder müssten Seitens des Gemeinderats noch weitere Tranchen freigegeben werden?

Frage 3: Es sei gesagt worden, dass man sich am Ende um unsere kritischen Objekte (Schulen, Kindergärten, andere öffentlichen Gebäude) kümmern müsse, um diese Best möglichst zu schützen. Man müsse aber auch das Eigentum der Bürger und die Straßen schützen. Wie könne der Bürger hier einbezogen werden? Sie halte Workshops für keine gute Idee, da hier immer nur viel geredet werde. Betroffene Bürger müssten konkret angesprochen werden und in eine eigene Informationsveranstaltung eingeladen werden. Das Büro Weber-Ingenieure müsste schauen, ob die Erfassungen tatsächlich dem entsprechen, was bei den Bürgern vorliegt, da viel mit Simulationen gearbeitet werde. Sie hätte das Anliegen, dass betroffene Bürger mit in den Prozess einbezogen werden.



Bürgermeisterin Bodner meint, es könne nicht einfach irgendjemand eingeladen werden. Es solle veröffentlicht werden, die Einladungen gehen immer an alle. Man könne nicht sagen, wer mehr oder weniger betroffen sei, es könne ja auch jemand vergessen werden. Deswegen werde immer offen kommuniziert.

Gemeinderätin Elsenbusch sagt, dass dies anders gemeint gewesen sei. Das Büro Weber-Ingenieure solle sich auch um Privatleute kümmern und nicht nur um öffentliche Gebäude. Diese Leute sollten dann konkret angesprochen und aufgesucht werden.

Gemeinderat Ringwald äußert, dass es an Sofortmaßnahmen fehle, welche eventuell auch ein Provisorium darstellen würden. In letzter Zeit habe es zwei Überflutungen gegeben, z.B. am Hirschgraben in Söllingen oder am Bocksbach in Kleinsteinbach. Beispiel einer Sofortmaßnahme wäre hier gewesen, den Graben zu ändern um Bürger zu schützen, die in diesem Bereich leben. Außerdem gebe es Rückstau über die Gemarkungsgrenzen hinaus, auch auf den Bocksbach bezogen. Aus diesem Grund müsse mit den Nachbargemeinden durch die Bürgermeisterin und die Verwaltung zusammengearbeitet werden. Zum Bereich Landwirtschaft stellt er die Frage, wie die Felder bestellt werden, was angepflanzt werde und ob es Bepflanzungen gebe, welche das Wasser nicht zurückhalten (z.B. Mais). Außerdem stellt er die Frage, ob diese Punkte im Starkregenrisikomanagement berücksichtigt werden. Auch die Bürger werden als sehr wichtig angesehen, vor allem ältere Bürger, welche oft zu Fuß unterwegs seien. Diese kennen sich örtlich gut aus und würden wissen, wo z.B. das Wasser herkommt und wo es nicht abläuft. Sie müssten mit ins Boot genommen werden um das Starkregenrisikomanagement zu verfestigen. Zudem äußert er eine technische Frage zu großen Straßenbaumaßnahmen in Pfinztal. Ihm sei aufgefallen, dass Abläufe oder Sinkkästen, die eingebaut werden, optisch deutlich kleiner seien und möchte wissen, ob dies korrekt sei. In der Unterführung z.B. der B293 in Berghausen sei alles neu gemacht worden und dennoch sei hier bereits zwei Mal das Wasser gestanden. Er bittet um eine Aussage hierzu. Wenn diese Abläufe / Sinkkästen tatsächlich kleiner seien und andere Dimensionen haben sollten, möchte er wissen, ob es hierzu andere Reinigungspläne gäbe, welche z.B. engmaschiger seien.

Gemeinderat Schwarz trägt bei, wir würden durch aufwendige Art gute Datenbasis schaffen um aufgrund dieser Maßnahmen zu erarbeiten und umzusetzen. Für die Aufstellung eines Konzeptes würde viel Zeit und Geduld benötigt werden. Er verstehe, dass es den Bürgern auf kurzfristige Maßnahmen ankomme. Diese müssten festgelegt werden und frühzeitig bekannt sein. Man solle sich vor Schnellschüssen in Acht nehmen und auf die Ergebnisse des Konzeptes warten und dann sinnvoll agieren.

Laut dem Leitfaden des Landes hätte die Gemeinde den Informationsauftrag an Private. Bei Starkregen hätten wir nur kurze Warn- und Reaktionszeiten, es können nicht alle Gefahren, die es gibt, abgefedert werden. Es müsse eine Basis geboten werden, dass sich Bürger auf einfache Art und Weise selbst informieren können und dann selbst Anpassungen bei sich vornehmen. Jeder Bürger müsse dies selbst leisten, es sei nicht Aufgabe der Gemeinde.

Im Konzept müsse man sich auch das Gelände außen herum anschauen (Felder, große Flächen). Die Erfahrungswerte von Bürgern seien hilfreich, können aber nicht Basis eines Konzeptes sein. Man müsse sich auf mehr Starkregen-Situationen einstellen, diese würden zunehmen. Es sei wichtig, dass man sich dem Konzept öffne und dieses weiterverfolge.

Er äußert die Frage, wie viele Kommunen sich bereits mit dem Thema Starkregenmanagement beschäftigen und die Förderung in Anspruch nehmen würden.

Gemeinderat Hörter teilt mit, er hätte sich in den Vorbesprechungen dafür ausgesprochen, dass das Landwirtschaftsamt in die Maßnahmen mit einbezogen werden solle. Diese wüssten genau, was die Landwirte anbauen und hätten auch Konzepte zur Regenrückhaltung.



Was die CDU noch beschäftige, seien die Sofortmaßnahmen. Diese seien für die Bürger nicht nachvollziehbar. Wir würden uns mit Starkregenmaßnahmen aus 2021 beschäftigen, es gäbe aber noch Maßnahmen aus 2013, welche bis heute der Bevölkerung nicht vorgestellt oder diskutiert worden seien. Es gäbe eine Planung im Regierungspräsidium, dass die Hochwasserschäden von 2013 beseitigen wollte. Vor zwei bis drei Jahren wäre hierzu eine Veranstaltung für die Bürger gewesen (z.B. zur Umgestaltung des Pfinzufers), welche sich vermutlich durch Corona verzögert hätte. Hierauf werde noch bis heute gewartet. Er empfinde es als schade, dass man im Gegensatz zu früher heute keine Ansprechpartner mehr bei der Gewässerdirektion hätte. Diese seien jetzt alle im Ruhestand aber man hätte zu diesen Zeiten immer genau gewusst, dass ab und an der Fluss ausgebaggert und von Geröll beseitigt worden wäre. Aktuell befände sich immer noch angestautes Geröll im Bocksbach und der Bachrand sollte hin und wieder von Sträuchern befreit werden. Dies müsse als Sofortmaßnahme mit aufgenommen werden und die Verwaltung solle sich mit der Gewässerdirektion in Verbindung setzen.

Gemeinderat Gegenheimer meint, dass es im Bocksbach in Kleinsteinbach ein riesiges Problem gäbe. Im Durchlass an der B10 sei das Flussbett durch die Renaturierung wesentlich höher geworden, so dass der Durchflussquerschnitt wesentlich verkleinert worden sei und dies zu Rückstau des Wassers führe. Hierdurch gehe der Uferbereich in den Wohnbereich hinein und dadurch auch auf die B10. Er glaube, dass der Kanal direkt neben der Brücke die Wassermasse des Bocksbachs im Weiterfluss hemme, dadurch Geröll abgelagert und somit der Durchfluss unter der Brücke noch wesentlich verschmälert werde. Dies trage dazu bei, dass das Wasser über das Ufer tritt. Der Durchfluss unter der Brücke solle vergrößert und z.B. das Flussbett ausgebaggert werden.

Bürgermeisterin Bodner sieht gute Ideen und Grundsätze. Diese müssten jedoch alle im Zusammenhang gesehen werden. Alle Ideen würden mitgenommen und im Detail angeschaut werden.

Der Vertreter des Ingenieurbüros erklärt, dass die Rückmeldungen der Kommunen aufgrund zunehmender Ängste häufiger werden würden. Außerdem sollen die konkreten Maßnahmen nochmal intern besprochen werden.

Bürgermeisterin Bodner äußert, dass Pfinztal in Kontakt mit Karlsbad sei und mit diesen einen Vertrag abschließen werde. Pfinztal sei bereits in Vorleistung gegangen und einen Entwurf für einen Vertrag gäbe es schon.

Der Vertreter des Ingenieurbüros erläutert hinsichtlich der Schnittmenge zur Nachbarkommune zum Thema Starkregenereignisse, dass die berechneten Einzugsgebiete komplett bei Pfinztal liegen würden, da die Talflanken seitlich herunterkommen. Außerdem sei das Büro für alle drei Phasen (Gefährdungsanalyse, Risikoanalyse und Handlungskonzept) beauftragt worden. In Bezug auf die Bürgerbeteiligung sagt das Fachbüro, dass eventuell die einzelnen Ortsteile Pfinztals getrennt voneinander eingebunden werden könnten, um mehr auf die unterschiedlichen Punkte der einzelnen Leute eingehen zu können. Auch die Landwirtschaft sei noch ein mehrfach angesprochener Punkt gewesen. Standardmäßig gäbe es im Handlungskonzept ein Kapitel hierzu mit mehreren Ansätzen von Querbewirtschaftung über Grünstreifen zwischen den Feldern um eine Abflussbarriere zu schaffen. Man müsse sich nochmal im Detail damit beschäftigen. Um die Frage zur Aktivität im Starkregenrisikomanagement anderer Kommunen zu beantworten, meint der Vertreter des Ingenieurbüros, dass laut eines Vortrags des Regierungspräsidiums der vergangenen Woche ca. 30 – 40 % der Kommunen das Thema bereits angegangen seien. Die Fördertöpfe seien ziemlich ausgelastet. Als Kommune erhalte man 70 % Förderung, was ein großer Anreiz sei, das Thema anzugehen. Um den zeitlichen Rahmen zu nennen, meint der Vertreter des Ingenieurbüros, dass die Berechnungen bis zu den Sommerferien abgeschlossen werden sollen. Bis dahin gäbe es noch einige



Abstimmungen mit dem Landratsamt vorzunehmen. Die Risikoanalyse sei für den Herbst 2022 und die Durchführung des Handlungskonzeptes für das erste Quartal 2023 geplant.

Bürgermeisterin Bodner antwortet auf die Frage von Gemeinderat Hörter, dass die Maßnahmen aus 2013 zur Böschung des Pfinzufers in Söllingen Angelegenheit des Regierungspräsidiums seien und dies aufgrund von Corona durch das Regierungspräsidium verschoben wurde. Hausbewohner seien hierzu bereits teilweise angeschrieben worden. Es würden jedoch nicht alle Hausbewohner mitmachen. Sie hätte es auf Wiedervorlage.

Der Gemeinderat nahm die Informationen zur Kenntnis.

4. Hochwasserereignisse 2021, OT Kleinsteinbach - Flussgebietsuntersuchung für den Bocksbach

Bürgermeisterin Bodner verweist auf folgenden Sachverhalt aus der Sitzungsvorlage:

Aufgrund der Hochwasserereignisse am Bocksbach im vergangenen Jahr im Zusammenhang mit den Starkregen, haben die Gemeinden Karlsbad und Pfinztal hohe Schäden erlitten. Karlsbad hat nun beim Fachbüro Wald + Corbe, Hügelsheim, ein Gesamtpaket für Starkregenerisikomanagement sowie die Flussgebietsuntersuchung des Bocksbaches beauftragt.

Das Starkregenerisikomanagement-Paket für Pfinztal steht kurz vor dem Abschluss (siehe BV/981/2022). Eine Flussgebietsuntersuchung des Bocksbaches auf Pfinztaler Gemarkung war im beauftragten Paket nicht enthalten. Die abschnittsweise Betrachtung in Kleinsteinbach hätte keinen Sinn ergeben, da sich der größte Teil des Bocksbaches auf Karlsbader Gemarkung befindet und Pfinztal dadurch bei Hochwasserereignissen ebenfalls betroffen ist.

Die Gemeinde Karlsbad benötigt die Flussgebietsuntersuchung des Bocksbaches auf der eigenen Gemarkung für die Ausarbeitung des Starkregenmanagements zwingend. Hier bietet sich nun für Pfinztal eine Zusammenarbeit mit der Gemeinde Karlsbad an, da sich so der Bocksbach als gesamtes Gewässer betrachten lässt.

Die Kostenbeteiligung der Gemeinde Pfinztal an der Flussgebietsuntersuchung beträgt dabei 14.215,98 €. Die Mittel sind im aktuellen Haushalt gedeckt.

Das Büro Wald + Corbe wird in der GR Sitzung am 26.04.2022 die weitere Vorgehensweise bei dieser Untersuchung vorstellen.

Die Präsentation des Büros Wald + Corbe, vertreten durch Dr. Techn. Tim Fischer-Antze und Dipl. Hydr. Markus Fritz, befindet sich in den Sitzungsunterlagen.

Gemeinderätin Konstandin sei schockiert darüber, dass die Untersuchung erst jetzt anstehe und die Gemeinde Pfinztal selbst überhaupt keine Aufträge vergeben hätte. Auf mehrfache Nachfrage seitens der SPD wäre ihnen seit dem Hochwasser im Juni letzten Jahres immer wieder suggeriert worden, dass eine Untersuchung des Bocksbaches bereits von der Gemeinde Pfinztal in Auftrag gegeben worden sei. Aus diesem Grund seien heute Ergebnisse und nicht die Vorstellung des Projektauftrags erwartet worden. Sie zitiert die Sitzungsvorlage aus welcher hervorgeht, dass die Gemeinde Pfinztal den Auftrag zur Flussgebietsuntersuchung des Bocksbaches bislang nicht erteilt hätte. Gemeinderätin Konstandin meint, dass die Geduld der Anwohner und Anlieger zu Ende sei. In den Monaten seit der in diesem Ausmaß nie dagewesenen Überflutung sei der Bocksbach schonwieder einmal und zweimal bei-



nahe über die Ufer getreten. Eile wäre angesagt, da nicht davon auszugehen sei, dass die Häufigkeit der Starkregen- oder Hochwasserereignisse abnimmt. Sie äußert die Frage, ob im Auftrag auch die Entwicklung des Maßnahmenkatalogs mit Kosten-Nutzen-Analyse enthalten sei. Wenn nicht, würde dies unabhängig des Auftrags der Gemeinde Karlsbad mit beauftragt werden. Des Weiteren möchte sie wissen, ob die 70 %-Förderung auch für Maßnahmen für private Haushalte gelte, wie der Zeitplan aussehe und wann das angeschwemmte Gehölz aus dem Bocksbach entfernt werden würde. Weitere Fragen seien, ob es für Pfinztal einen Alarm- und Einsatzplan bei Hochwasser- und Starkregenereignissen gäbe, wie die Bevölkerung in diesen Fällen alarmiert werde und ob die noch vorhandenen Sirenen einsatzfähig seien. Wenn nicht, werde beantragt, diese wieder zu aktivieren.

Bürgermeisterin Bodner erklärt, ein Sirenengutachten sei da. Der Bevölkerungsschutz werde den zeitlichen Gegebenheiten angepasst, die Verwaltung sei derzeit dabei. Es werde einen extra Tagesordnungspunkt mit Katastrophenplan geben.

Dr. Techn. Tim Fischer-Antze beantwortet die Fragen, welchen ihn betreffen. Die Entwicklung des Maßnahmenkatalogs sei im Auftrag mit enthalten. Die Kosten-Nutzen-Analyse sei benannt und im Paket beziffert, in der Summer jedoch noch nicht enthalten. Es würde als Optionalangebot vorliegen. Die 70 %-Förderung würde auch für Private gelten, wenn die Gemeinde eine Objektschutzmaßnahme beschließt. Zum Zeitplan äußert sich Dr. Techn. Tim Fischer-Antze, dass die Dauer der Umsetzung ab Vorliegen des Auftrages und aller Daten ca. 1 – 1,5 Jahre betragen würde. Hier spiele auch die Hochwassergefahrenkarte eine Rolle.

Herr Münch äußert sich, er schaue sich das Gehölz im Bocksbach selbst an.

Gemeinderat Herb hält es für sehr sinnvoll, wenn die Gemeinde Pfinztal mit den Gemeinden Remchingen und Stupferich zusammenkommen würde, vor allem aber auch Karlsbad. Es fragt ob es stimme, dass Mutschelbach das eigene Rückhaltebecken eventuell zu früh aufmachen würde. Dann hätten sie bei der hydraulischen Modellierung ein Problem. Es wird erwartet, dass die Pfinztaler Behauptungen bestätigt oder nicht bestätigt werden, dass im Bachbett unbedingt ausgebaggert werden müsse. Er möchte wissen ob es stimmt, dass die Renaturierung dazu beitrage, dass es schnell zu Hochwasser käme. Er halte ebenfalls den angesprochenen Alarm für sehr wichtig.

Gemeinderat Ringwald möchte wissen, ob dies das erste hydraulische Gutachten des Bocksbachs sei oder ob es bereits zuvor schon mal eins gegeben hätte.

Bürgermeisterin Bodner äußert, Herr Renz hätte bei benötigten hydraulischen Gutachten sicher Unterlagen vorlegen müssen.

Herr Münch erklärt, es hätte Untersuchungen gegeben, diese seien beim 100-jährigen Hochwasser jedoch nicht relevant gewesen. Es sei nicht an erster Stelle gestanden.

Bürgermeisterin Bodner antwortet, es sei alles gemacht worden, was die Förderung / Fördermodalitäten vom Land Baden-Württemberg verlangt hätten.

Gemeinderat Hörter meint, man solle das Jahr 2013 nochmal Revue passieren lassen. Der Bocksbach allein sei nicht das Problem. Die Pfinz müsse bei den Berechnungen mitberücksichtigt werden. Wir hätten hier mit den Gemeinden Remchingen, Karlsbad und Stupferich zu tun. Die aktuellen Berechnungen zu Rückhaltebecken müssten untereinander koordiniert werden. Ein gemeinsames Hochwasserrisikomanagement müsse mit betroffenen Kommunen vereinbart werden und über die Ebene Landratsamt und Regierungspräsidium besser koordiniert werden.



niert werden.

Gemeinderat Schwarz stellt die Frage, ob die Berechnungen bei der Renaturierung, welche jetzt auf HQ100 ausgelegt worden seine, auch zuvor schon auf HQ100 ausgelegt wurden. Er erachte es für interessant, inwiefern eine Veränderung stattgefunden hätte.

Bürgermeisterin Bodner meint, der jetzige Stand solle zur Kenntnis genommen werden. Alle Maßnahmen würden ineinander einspielen.

Der Gemeinderat nahm die Informationen zur Kenntnis.

5. Änderung der Hauptsatzung - Grundsatzbeschluss zur Abschaffung der Ortschaftsverfassung - Beratung und Beschlussfassung

Der Tagesordnungspunkt wurde aus zeitlichen Gründen und aufgrund seiner Wichtigkeit vertagt. Es war nicht genügend Zeit mehr, um ausführlich darüber zu sprechen.

6. Mitteilungen der Bürgermeisterin

Bürgermeisterin Bodner bedankt sich anlässlich der Verabschiedung in den Ruhestand von Hauptamtsleiter Wolfgang Kröner und stellvertretendem Hauptamtsleiter Roland Härer mit herzlichen Worten.

Herr Kröner bedankt sich mit folgenden Worten:

„Wir sind bereit für den Ruhestand.

Herr Härer und ich haben uns 1961 im Kindergarten kennengelernt – in einer Zeit als noch 60 Kinder auf eine Kindertagesstätte kamen.

Nach Schule und Berufsschule haben wir am 01.08.75 bei der Gemeinde begonnen – elektr. Schreibmaschinen waren noch eine Seltenheit.

Danach folgte eine Trennung in Bauamt und 2004 haben wir wieder in der heutigen Konstellation zusammengefunden.

Glücklicherweise konnten wir ohne schwerwiegende Krankheiten bis heute unseren Dienst erfüllen.

Unsere Tür stand jederzeit für jede und jeden offen – ob das nach heutigen Maßstäben immer effizient genug war lasse ich mal dahingestellt – aber eines war es auf jeden Fall – es war bürgerfreundlich.

Und so haben wir unsere Tätigkeit auch verstanden – gegenüber dem Wandergesellen genauso wie gegenüber dem Akademiker.

Und noch eines war uns wichtig – bei allen Vorschriften und Gesetzen – manchmal war ein gesunder Menschenverstand die bessere Alternative.

Wir wünschen Ihnen als Gremium –mit den hier anwesenden und sorgsam ausgewählten Nachfolgerinnen und Nachfolgern- eine ebenso gute Zusammenarbeit. Passen Sie zusammen auf die Finanzen auf und entscheiden Sie einfach gemäß Ihrem Amtseid -zum Wohle der Gemeinde

Wir bedanken uns bei den Bürgermeister*innen und bei Ihnen für das entgegengebrachte Vertrauen

Wir freuen uns auf die kommende Zeit und hoffen diese noch lange gesund und in Frieden genießen zu können.“



Es sei für ihn ein erfülltes Berufsleben in fast 47 Jahren gewesen. Er und Herr Härer hätten sich immer für die Interessen der Gemeinde eingesetzt. Es sei nun aber an der Zeit, den Kopf mit den Gedanken für die Gemeinde freizubekommen und eigene Interessen ins Auge zu fassen. Er bedankt sich für jede gute Zusammenarbeit.

7. Mitteilungen und Anfragen aus dem Gremium

Bürgermeisterin Bodner leitet den Tagesordnungspunkt ein.

Gemeinderätin Elsenbusch bringt an, ein Bürge hätte sich über die Ordnungshüter ausgelassen. Vor einer Weile sei ein Antrag gestellt worden, dass die Ordnungshüter auch mal abends kontrollieren sollten. Damals sei gesagt worden, es wäre nicht die Angelegenheit des Gemeinderates, sondern eine verwaltungsinterne Angelegenheit. Offensichtlich sei dieses Thema nicht in Angriff genommen worden.

Bürgermeisterin Bodner antwortet, das Gemeindegebiet sei zu groß für zwei Personen. Sie müssten tagsüber schon da sein und könnten dann nicht auch noch abends zur Kontrolle raus.

Gemeinderätin Rothweiler äußert sich zur aktuellen Situation des Basketballplatzes, insbesondere Bolzplatz Heilbrunn-Engelfeld. Sie halte die Öffnungszeiten bis 17.00 Uhr für zu kurz. Man dürfe ja auch bis 20.00 Uhr Rasenmähen. Die Anwohner dort seien sehr verärgert. Der Platz solle länger geöffnet bleiben.

Bürgermeisterin Bodner verweist an Herrn Münch.

Herr Münch erklärt, es würde ein Bauantrag für diese Sachen laufen. Diese läge beim Landratsamt vor. Wenn der Basketballplatz aufgemacht werden würde, garantiere er, dass der ganze Spielplatz in Kürze geschlossen werden würde. Es müsse vorher eine Lärmschutzwand gebaut werden.

Gemeinderätin Rothweiler meint, der Stellenwert von Kinder würde vernachlässigt werden. Eltern hätten Frau Bodner geschrieben und keine Antwort erhalten. Sie stellt die Frage an Herrn Münch, wann das Lärmgutachten erstellt werden würde.

Herr Münch antwortet, dies sei bereits erstellt worden.

Bürgermeisterin Bodner erklärt, dass Eltern bereits angeschrieben und eingeladen wurden. Dieses Angebot sei jedoch nicht immer angenommen worden.



8. Fragen, Anregungen und Vorschläge der Einwohnerinnen und Einwohner

Bürgermeisterin Bodner leitet den Tagesordnungspunkt ein.

Ein Bürger stellt sich als Anwohner der Pfinz in Berghausen vor. Die Themen Starkregen und Hochwasser würden ihn sehr beschäftigen. Er wolle zum Ausdruck bringen, dass diese Themen für Pfinztal sehr wichtig seien. Er halte die Zusammenarbeit zwischen den Gemeinden für sehr wichtig.

Bürgermeisterin Bodner bietet an, im Nachgang zur Sitzung nochmal schriftlichen Kontakt zu ihr aufnehmen zu können.

Die Vorsitzende

Die Urkundspersonen

Die Schriftführerin

Nicola Bodner /
Bürgermeisterin

Gemeinderätin Konstandin

Sarah Riegel

Gemeinderat Ringwald